

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Rüdlich, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Sebnitz, Marienau, den Müllengrund, Rübischappel und Tirschnitz.



Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 33.— M. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 99.— M. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 1,50 M.

Anzeigenpreis: Die sechsseitige Grundzeile wird mit 4.— M. für auswärtsige Besteller mit 4,50 M. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreiseitige Zeile 8.— M. für Auswärtsige 10.— M. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 197

Donnerstag, den 24. August 1922

72. Jahrgang.

Morgen Freitag vorm. von 9—11 Uhr

Freibank

Kundfleisch (Pfund 55.— Mark.)

Kontenempfänger, welche im Besitze von Freibankkarten sind, werden unter Vorlegung derselben bevorzugt.

Kurze wichtige Nachrichten.

Im Laufe des gestrigen Tages fanden wiederholt Besprechungen der Reichsregierung mit dem österreichischen Bundeskanzler statt.

Die Rheinlandkommission hat den politischen Parteien die sich für das Verbleiben des Wiesbadener Regierungspräsidenten eingesetzt hatten, einen ablehnenden Bescheid ohne nähere Begründung zugehen lassen. — Gewalt geht vor Recht!

Heute begannen in Berlin die Verhandlungen über die neuen Lohnforderungen der Bergarbeiter. Die Arbeiterorganisationen beschließen, wie der Vorwärts mitteilt, eine Erhöhung der Schichtlöhne um 130—140 Prozent zu fordern. Im Anschluß an die Lohnverhandlungen sollen Verhandlungen über ein Ueberflächensabkommen erfolgen.

Nach einer Meldung aus Prag ist das Ergebnis der Neie Geisels die Vorausgabe eines Restbetrags, der in österreichischen Kronen rund 175 Milliarden ergibt. Dieser Rest soll es der österreichischen Regierung ermöglichen, bis zur Errichtung der Rentenbank und der neuen Spar- und Steuermaßnahmen auszuhalten.

Das Volksbegehren dem Rechtsauschuss überwiesen.

©. J. Dresden, 23. August.

Ueberfüllte Tribünen bewiesen, welch großes Interesse man der heutigen Landtagsitzung in der über die Auflösung des Landtages Beschluß gefaßt werden sollte, in allen Kreisen entgegenbringt.

Präsident Frähdorf begründet die frühere Zusammenberufung des Landtages, als ursprünglich vorgesehen, mit der Notwendigkeit, noch einige Gesetze zu erlassen. Er ist der Ansicht, daß heute nur die erste Beratung über das Volksbegehren würde stattfinden können. Auch eine Geschäftsordnungsdebatte würde nichts daran ändern, daß er heute keine Schlussberatung zulassen könne. Er gibt bekannt, daß die Vorlage über das Volksbegehren und der sozialdemokratische Antrag auf Aenderung der Verfassungsbestimmungen über die Landtagsauflösung gemeinsam beraten werden sollen.

Abg. Blüher (D. Sp.) wendet sich gegen die gemeinsame Beratung und stellt fest, daß die sogenannte Vorlage 153 (Volksbegehren) gar keine Vorlage der Regierung, sondern nur eine Mitteilung darüber sei, daß mehr als 800 000 Wähler das Begehren auf Landtagsauflösung gestellt haben. Jetzt sei es Pflicht, ohne jede Säumnis die Entscheidung über das Volksbegehren zu fällen. Eine Verweisung an den Ausschuss habe beim Volksbegehren gar keinen Sinn. Der Antrag, über das Volksbegehren im Ausschuss weiter zu beraten, diene nur dem Zwecke, zu verzögern und zu verschleppen, dazu würde seine Partei unter keinen Umständen die Hand bieten.

Präsident Frähdorf wendet sich gegen den Vorredner mit der Begründung, daß wir jetzt an Wichtigeres zu denken hätten, als an Landtagsauflösung.

Ministerpräsident Bud erklärt, daß die Regierung ein großes Interesse daran habe, daß das Volksbegehren im Ausschuss beraten würde.

Ein vom Abg. Blüher gestellter Antrag, die beiden Tagesordnungspunkte getrennt zu behandeln, wird abgelehnt, und zwar gegen die Stimmen der Bürgerlichen. Der Antrag, daß die Kommunisten für diesen Antrag stimmen, löst im ganzen Hause langanhaltendes Gelächter aus.

Hierauf begründet Abg. Winkler (Soz.) den Antrag seiner Fraktion auf Aenderung der Verfassungsbestimmungen. Er führt aus, der Zweck dieses Antrages sei, daß die Regierung in dieser schweren Zeit nicht allein stehen dürfe.

Abg. Dr. Wagner (Dnall.) weist auf das Wort hin, daß der Vorredner nun genug gewechselt sind, daß endlich Taten gezeigt werden müssen. Es handle sich jetzt nicht darum, was die einzelnen Parteien im Landtage noch durchzuführen

wollen, sondern es müsse nun endlich Stellung genommen werden zum Volksbegehren, das auf unbefristete Landtagsauflösung geht. Hierüber gäbe es ja nur ein Ja oder Nein und dazu müßten sich doch nun endlich die Regierungsparteien ohne Ausschüßberatung entschließen können. Mit der Forderung der Ausschüßberatung über das Volksbegehren mache die Regierung den Versuch, mit Hilfe einer Verfassungsbestimmung den Regierungsparteien zu Hilfe zu kommen, wenn ihr Verschleppungsantrag abgelehnt wird. Es sei doch sehr eigenartig, daß gerade von den Regierungsparteien die Notwendigkeit betont werde, die Regierung in einer landtagslosen Zeit nicht ohne Kontrolle zu lassen. Seine Partei lehne den sozialdemokratischen Antrag ab, weil sie die Entscheidung nicht weiter hinauszuschieben gewillt sei. (Während der Rede des Abgeordneten Wagner kommt es häufig, veranlaßt durch die Linksparteien, zu stürmischen Zwischenfällen, so daß der Präsident wiederholt, manchmal vergeblich, eingreifen muß.)

Abg. Siewerts (Rom.) wendet sich zunächst in schärfster Weise gegen die Rechte des Hauses, der er Geld- und Devisenheberei vorwirft, worauf ein großer Teil der bürgerlichen Abgeordneten den Sitzungssaal verläßt. Den beiden sozialdemokratischen Parteien hält er vor, daß sie sich deshalb der Landtagsauflösung widersetzen, weil sie den Lohn der Arbeiter fürchten. Redner verlies eine längere Erklärung seiner Fraktion, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Kommunisten für sofortige Landtagsauflösung sind, weil sie den gegenwärtigen Zeitpunkt zu einem Kampf gegen den Kapitalismus für geeignet halten.

Abg. Schmied (Unabh.) verteidigt den sozialdemokratischen Antrag und gerät in heftige Auseinandersetzungen mit den Kommunisten, besonders der Abg. Schneller unterbricht den Redner in sehr scharfer Weise, daß ihm der Präsident Frähdorf zuruft: „Herr Schneller, Sie zeigen durch ihre Zwischenrufe, daß Sie für den Parlamentarismus noch nicht reif sind.“

Abg. Blüher (D. Sp.) hält den Regierungsparteien vor, daß sie nur die Entscheidung hinauszuziehen wollen, um in der Zwischenzeit noch ihre Parteifuppe zu locken und die Gesetze durchbringen wollen, die ihre Parteiherrschaft konsolidieren solle.

Abg. Dr. Senfert (Dem.) stellt fest, daß heute offensichtlich geworden ist, daß die Regierung gar keine Mehrheit hinter sich hat. Im übrigen erklärt er, daß seine Partei für eine befristete Auflösung stimmen würde, wenn die Befristung zeitlich begrenzt sei.

Abg. Heßlein (Zentr.) nimmt den gleichen Standpunkt ein.

Hierauf wird die Aussprache beendet und das Volksbegehren und der sozialdemokratische Antrag dem Rechtsauschuss überwiesen.

Präsident Frähdorf teilt mit, daß zur zweiten Beratung der heutigen Tagesordnung eine Sitzung Anfang September stattfinden soll.

Deutsches Reich

Die Unmöglichkeit produktiver Pfänder.

Berlin. Gerüchweise verlautet, daß die Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und den Vertretern der Reparationskommission einen ungünstigen Verlauf nähmen. Tatsache ist, daß die Herren Bradbury und Maucere bisher scharf umrissene Vorschläge nicht gemacht haben und daß über die sogenannten produktiven Pfänder, die nach den Londoner Forderungen des französischen Ministerpräsidenten die Voraussetzung für die Gewährung eines kurzen Moratoriums an Deutschland sein sollen, zwischen den deutschen und französischen Unterhändlern gar nicht gesprochen worden ist. Wenn die Bevollmächtigten der Reparationskommission keinen anderen Auftrag erhalten hätten, als der deutschen Regierung lediglich jene Forderungen nach produktiven Pfändern zu unterbreiten, dann wäre die Situation allerdings von vornherein klar gewesen. Das Zugeständnis solcher produktiven Pfänder wäre für die deutsche Regierung unmöglich, und auch der beste Wille, über die Grundlagen für ein Moratorium zu einer Verständigung zu gelangen, findet seine Grenze in der innerpolitischen Tragweite der Zugeständnisse an die Reparationskommission. Aber die Herren Bradbury und Maucere haben so formulierte und weitgehende Forderungen nicht gestellt; auch sind von deut-

licher Seite keine Gegenvorschläge gemacht worden. Die bisherigen Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission sind anscheinend über eine allgemeine Erörterung des Reparationsproblems, der deutschen Finanzlage, der Rohlen- und Holzlieferung und des Clearingverfahrens nicht hinausgelangt. Es liegt daher vorläufig kein Grund vor, den weiteren Verhandlungen eine optimistische oder pessimistische Prognose zu stellen. In einer Uebersprechung, die gestern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers stattgefunden hat, sind die bisherigen Ergebnisse der Konferenz erörtert worden. Um 5 Uhr nachmittags haben sich Bradbury und Maucere wieder beim Reichskanzler eingefunden, um die unterbrochene Diskussion fortzusetzen.

Bayern und das Reich.

Zu den bayrischen Veröffentlichungen über die Abmachungen zwischen der Reichsregierung und der bayrischen Staatsregierung nehmen einige Berliner Blätter bereits Stellung. Die Post, Ztg. sagt: Wenn diese Nachrichten zutreffen, so wird sich als Gesamteindruck der Vereinbarungen zwischen Berlin und München ergeben, daß die Funktionen des Staatsgerichtshofes in wesentlichen Punkten entzweit werden. Graf Lerchenfeld hat in Berlin mehr erreicht, als die Reichsregierung wohl ursprünglich zugesehen willens war, und es wird ohne Zweifel an ersten Einwendungen im Parlament nicht fehlen. Das einzige, was die Nachgiebigkeit der Reichsstellen rechtfertigen kann, ist die Hoffnung, daß endlich einmal eine Beruhigung in Bayern eintritt. Der Vorwärts schreibt: Die durch das bayrische Vorgehen in das Schußgesetz geschlagene Lücke scheint nicht unbedenklich. Eine süddeutsche Kammer des Staatsgerichtshofes, deren Vertreter überwiegend von der bayrischen Regierung ausgesucht sind, wird wahrscheinlich nicht die Garantie bieten, daß sie zum Beispiel gegen die Organisation C mit der nötigen Entschiedenheit vorgeht. Wir verlangen daher von der Reichsregierung, daß sie die bayrischen Vorschläge nur soweit berücksichtigt, als dadurch der Zweck des Staatsgerichtshofes erhalten bleibt.

Warum Amerika nicht hilft.

Die Information veröffentlicht eine Unterredung mit dem amerikanischen Bankier Vandenberg, in der dieser u. a. sagte: Es ist offensichtlich, daß Deutschland die Summen, die man von ihm verlangt, nicht zahlen kann. Mag der Sturz der Mark freiwillig sein oder nicht, Deutschland nähert sich dem Augenblick, wo es die Kosten dafür bezahlen muß. Es ist vom finanziellen Zusammenbruch bedroht. Die Haltung Frankreichs in der Reparationsfrage ist begreiflich, aber wenn es viel verlangt, läuft es Gefahr, wenig zu erhalten. Im Juni dieses Jahres waren die Aussichten für die Unterbringung einer bedeutenden internationalen Anleihe auf dem amerikanischen Markt verhältnismäßig günstig. Frankreich hätte einen Teil davon bekommen können. Aber es war unmöglich, Deutschland einen Kredit zu gewähren, solange unter keinen Umständen die Reparationen mit 132 Milliarden Mark stehen. Heute sind die Aussichten viel schlechter, denn der Niedergang der Mark hat die Lage Deutschlands erschwert. Vandenberg sprach dann von den interalliierten Schulden und erklärte: Amerika nimmt die Haltung Europas sehr ungünstig auf; denn die Erörterung, die bezüglich der Schulden in Europa begonnen hat, beweist den amerikanischen Altruismus. Außerdem haben die europäischen Nationen mit Ausnahme von England in ihren Budgets nichts über die Rückzahlung ihrer Schulden an Amerika vorgezogen. Ich sehe daher im Augenblick kein Heilmittel für Europa.

Frankreichs Zweck.

Die Blätter enthalten ausführliche Berichte über die aus Anlaß des Besuches Hindenburgs in München veranstalteten Festlichkeiten. Der „Temps“ spricht im Zusammenhang mit den Münchner Demonstrationen von den Vorbereitungen einer monarchistischen Restauration und der militärischen Revanche. Die Partei Ludendorffs bedrohe einfach die Sicherheit aller benachbarten Nationen und gebe so Frankreich tausend Gründe (!) zu handeln, sobald der Augenblick dazu gekommen sei. Der Reichskanzler Wirth würde besser daran tun, anstatt seine Energie in der Polemik gegen Poincaré zu verbrauchen, positive Vorschläge zu machen und wenn sie auch noch so beschäbden seien, die keine außerpolitische Position hätten und ihm gestatten würden, die Republik nach innen gegen den Feind zu verteidigen. Aber in Bayern herrsche die Reaktion

noch ein Grund zum
beiden wieder auf dem
Blicke über die wette
die Nacht. Mond und
wie er nur in die
zogen Sternschnuppen
en Sandhügel der Wü
tung da wie wehen
aber bröckelte sich ein
to mehr bligte der grob
Edelsteinen. Der Alt
r. Den herrlichen Orion
am Südhimmel steht
neben den Sternleeren
Kopfhüter Kohlenack
Bildnis nach der Stern
Neptun Michel allerle
Leben. Er wurde, wie
n erster Lehrmeister au
die in diesen Breiten
ner Nachen am Firmo
Dann wirst du melmer
ich regelmäßig am Voll
(Schluß)
Nachvolkmarkt
104, Freyer —, Kälber 3
ulammen: 826.
50 Kg. in 20
500
6 Jahren
4800—5200
ältere
3800—4800
5200
4800
3800—4400
5000
5400
4800—5000
3600—4200
2200—3000
5000
4800
3000—4000
5600
4800—5000
11000
11500
10500
8000—9000
9000—10000
Ueber Not:
12400
7000—8000
9000—7400
Schafe langsam,
abigen Speien, wie Frach
lionsgebüht. Umjahre
ollen.)
Formulare
dieses Blattes
arbeiten
verleibene
Bücher
über
Bund
elpzig-T.
allende Fische lang
freitag und Sonn
kostenlos a
Fische ist zur Weg
Bauarbeiten g
Delsnitz